

Korrespondent

für Deutschlands Buchdrucker und Schriftgießler

60. Jahrg.

Abonnementspreis: Vierteljährlich 36 Mark, monatlich 12 Mark einschließlich der Postbestellgebühren. Nur Postbezug zulässig. Erscheinungstermin: Dienstag, Donnerstag und Sonnabend

Leipzig, den 21. November 1922

Anzeigenpreis: Verlags-, Fortbildungs-, Arbeitsmarkt- u. Todesanzeigen 7,50 M. die Jungspaltene-Zelle; Anzeig., Verkaufs- und alle sonstigen Reklamarten 20 M. Rabatt wird nicht gewährt

Nr. 135

Beitragsleistung und Unterstufungsätze vom 3. Dezember 1922 an

Nach den Beschlüssen der Leipziger Generalversammlung soll der Verbandsbeitrag mindestens in Höhe eines durchschnittlichen Stundenlohns festgesetzt und die Unterstufungen nach dem Beitrag abgestuft werden. Durch die große Arbeitslosigkeit und Ausdehnung der Arbeitslosenunterstützung auf die Kurzarbeiter, durch die Steigerung der Ausgaben für Verwaltung sowie der Papier- und sonstigen Herstellungskosten des „Korr.“, haben sich leider die Grundlagen, die zu diesen Beschlüssen führten, verschoben. Der Vorstand ist deshalb verpflichtet, einen Ausgleich herbeizuführen. Da aber die Not der Zeit mit besonderer Schwere auf den Kollegen lastet, welche die Unterstufungseinrichtungen in Anspruch nehmen müssen, wurden die Bedenken über die finanziellen Auswirkungen zurückgestellt und beschlossen, die Unterstufungsätze nach dem Ende November bestehenden durchschnittlichen Stundenlohne zu errechnen, den Beitrag jedoch etwas höher festzusetzen, um nach Möglichkeit Deckung für die auf allen Gebieten erheblichen gestiegenen Ausgaben zu schaffen.

Nach diesen Beschlüssen, welche vom 3. Dezember 1922 an in Kraft treten, beträgt der Verbandsbeitrag wöchentlich für Vollmitglieder

180 Mark,

für Gewerkschaftsmitglieder 135 M., für Invalidenkassenmitglieder (§ 6a der Satzungen) 45 M. Zu diesen Sätzen kommen für Voll- und Gewerkschaftsmitglieder noch die Gau-, Bezirks- und Ortsbeiträge.

Aus verwaltungstechnischen Gründen werden diese Beiträge wie folgt verrechnet:

Vollmitglieder 65 M. ordentlich und 115 M. Ersatzbeitrag, Gewerkschaftsmitglieder 50 M. ordentlich und 85 M. Ersatzbeitrag,	
Südaltenkassenmitglieder (§ 6a der Satzungen) 15 M. ordentlich und 30 M. Ersatzbeitrag.	
Der Beitrag für die Mitglieder der Lehrstufenabteilung beträgt wöchentlich 3 M.	
Das Eintrittsgeld beträgt:	
nach § 3 Abs. 1 der Satzungen	35 M.
„ § 3 Abs. 2 „	65 „

Die Unterstufungen betragen vom gleichen Zeitpunkt an:

Reiseunterstützung:	
nach 13 bzw. 26 Beiträgen	90 M. pro Tag
„ 75 „ „	135 „ „
Ortsunterstützung:	
nach 52 Beiträgen	90 „ „
„ 150 „ „	110 „ „
„ 500 „ „	135 „ „
Gemeinregelunterstützung:	
nach 52 Beiträgen	265 „ „
„ 150 „ „	330 „ „
„ 500 „ „	400 „ „
Frankenunterstützung:	
nach 26 Beiträgen	90 „ „
„ 250 „ „	110 „ „

Berlin, den 16. November 1922.

Invalidenunterstützung:

in der niedrigsten Staffel	65 M. pro Tag
„ „ mittleren „	90 „ „
„ „ höchsten „	110 „ „

Umzugsunterstützung:

nach 52 Beiträgen erste der Beitragszahl entsprechende Beihilfe im Mindestfalle 1550 M.	
„ 100 „ „	2150 „
„ 200 „ „	2800 „
„ 300 „ „	3400 „
„ 500 „ „	9300 „

Begräbnisgeld:

nach 52 Beiträgen	3200 M.
„ 100 „ „	6500 „
„ 250 „ „	9700 „
„ 500 „ „	13100 „
„ 1000 „ „	15500 „
„ 1250 „ „	17800 „
„ 1500 „ „	20100 „
„ 1500 „ „	22400 „

In der Bezugsdauer der einzelnen Unterstufungszweige hat sich nichts geändert.

Den aus dem Krankenhaus entlassenen Reisenden (§ 9 der Bestimmungen über die Unterstufungsbestimmungen) werden für jede dort zugebrachte Woche (Frankenbezugsdauer unter vier Tagen wird nicht gerechnet) 90 M. gewährt, und zwar bis zur Gesamtdauer von sieben Wochen = 630 M. Auf laufende Frankenunterstützung haben reisende Mitglieder, die sich in Krankenhäusern befinden, keinen Anspruch.

Der Vorstand

Mehr gewerkschaftliche Vertiefung!

Ob ein Vorstehender in unserer Organisation einen großen, mittleren oder kleinen Laden zu verliehen hat, die Versammlungen machen ihm nimmermehr Freude. Durch die schreckliche Not der Zeit genötigt, bilden sie fast ausschließlich noch eine einseitige, heilige Wortkammer ohne Lohn-erhöhung oder über ihren Ausfall. Wenn es nun immer dieselben Kollegen sind, die erscheinen, reden, und das auch noch mit fast immer gleichen Worten, dann tritt eine geistige Verödung ein in unseren Versammlungen. Das die Immerredner die Versammlungen förmlich sabotieren, indem viele Kollegen den Versammlungen fernbleiben, weil sie nicht bei jedem Punkt oder auch nur geringfügigem Unschick eine kommunistische Weltanschauungsrede über sich ergehen lassen wollen, ist eine häufigere Erscheinung. Wenn aber den Gaunaktern so wehrlos das Geld überlassen wird, werden sie es zum Schaden der Mitgliedschaft nur noch bunter treiben. Die Versammlungen zu besuchen, darf sich kein wahres Verbandsmitglied für zu gut halten. Die häufig gegen die Geschliffenvertreter, gegen den Verbandsvorstand, gegen die Redaktion unseres Organs oder gegen den Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbund erfolgenden Angriffe über vermeintliche Unterlassungen, abwechselnd mit den Aufforderungen, auf eigene Faust loszuschlagen,

lassen die seelische Verfassung der Mitglieder manchmal nicht begreifen, so viel man auch in solcher Zeit verstehen kann und muß. Andererseits muß auffallen, daß hinsichtlich der von den politischen Arbeiterparteien vertretenen Aufgaben und Probleme große Geduld in bezug auf ihre Durchführung geübt wird; die täglich mit neuen Forderungen gefülltesten kommunistisch gestimmten Arbeiter sind logar die geduldigsten. Von den Gewerkschaften aber wird stets umgehende Erfüllung verlangt.

Wenn es trotz allen Abtraten und Gegenstimmens der Funktionäre einmal doch drücker losgegangen (meltens mit direktem Beschlag oder mit einem so marteren Ergebnisse, das man den Gehilfenvertretern ein solches Verhandlungsergebnis einfach vor die Füße geworfen hätte), ist die Opferwilligkeit zu bewundern. Bei den Beitragserhöhungen aber kann das gerade Gegenteil nicht selten wahrgenommen werden. Auch solche Kollegen, die in den Versammlungen nach Lohnabstufungen gern den Kampfstandpunkt betonen, sind manchmal darunter zu finden. Da möchte man die höheren Beiträge gern den Großstädtern überlassen, wo es die Kollegen angeblich viel besser haben, gegen die höheren Unterstufungen wird aber nichts eingewendet, und an die immer mehr anschwellenden Leistungen der Organisation im allgemeinen wird überhaupt nicht gedacht. Es ist doch aber gar nicht zu bestreiten, daß der Beschluß der Leipziger Generalversammlung mit dem Stundenlohnbeitrag gewerkschaftlich so richtig ist wie nur etwas.

Die gewerkschaftliche Unklarheit hat in größeren Mittelorten und in Großstädten noch eine Erweiterung erfahren durch das Stilllegen der Arbeiterpresse bei eigenmächtigen Aktionen. Der Streit darüber wird aber nun erledigt sein, denn die Redaktion des „Korr.“ hat hier recht klärend durchgegriffen. Widerspruch dagegen kam ganz vereinzelt und nur lässlich. Daß eine Ausschließung des Gewerkschaftsbundes den Buchdruckern noch den Standpunkt klar machen mußte, war für uns wirklich nicht erbaulich, wird aber endgültig klar sein gelassen haben. Die Stellungnahme unserer Generalversammlung hätte hier schon keinen Zweifel aufkommen lassen dürfen.

Ergern wir also in den Mitgliedschaften mehr für gewerkschaftliches Gerangel. Von 1914 an ist darin eine nicht geringe Stodung eingetreten. Gewiß in den Verhältnissen begründet, aber bestimmt auch in den Menschen. Die gewerkschaftliche Erziehung kann jedoch weder von der Verbandsleitung, noch von unrem Organ, weder von den Gau-, Bezirks- und Ortsvorständen, noch von gewählten Ausschüssen allein zu dem Erfolge geführt werden, den wir alle wünschen, wenn die Kollegen, namentlich die jüngeren, nicht mitstreben, und wenn immer die Lohnfrage vorherrschend ist. Wir müssen uns von ihr in den Verammlungen mehr freimachen. Es soll deshalb keine Vernachlässigung eintreten, keinesfalls; aber alle in mit Lohnforderungen die gegenwärtigen Zustände in unserm durch den Verfallter Gewaltfrieden und durch die große wie die kleinpartikalistischen Volksauslager zusammenbrechenden Weichland ertragbar zu machen, ist doch ganz ausgeschlossen. Man kann und muß die Lohnfrage sehr viel tiefer anpacken, denn sie wirkt immer mehr mit der Wohnungsfrage identisch, die ja in Deutschland gegenwärtig in der Umwälzung begriffen ist. Darüber zu sprechen in Verammlungen, wäre wohl gut, aber auch sehr schwierig. Das ist ein Spezialgebiet, wo nur wenige kundig sind, und die wenigen streiten kräftig miteinander. Also verfolgen wir darüber mehr die Diskussionen in der Presse, auch das „Korrespondenzblatt“ ist daran beteiligt. (Siehe Nr. 40 und 41 die Artikel von Reihmann und Sarnow.)

Nach dieser Abschweifung zurück zu dem, was die Überschrift des Artikels besagt, und da werde ich mich nun an den Verbandsvorstand. Er möge seine Kräfte so verteilen, daß die innere Agitation trotz der hohen Kosten für Eisenbahnfahrt, Abrechnungen usw. nicht zum Bruchliegen kommt. Ähnlich müssen es die Gauvorstände halten. Der „Korr.“ möge dahin trachten, den Anteil der gewerkschaftlichen Artikel gegenüber den Nonartikeln in ein besseres Verhältnis zu bringen. Unser Organ ist von jeher das beste Bindemittel gewesen. Wenn es nun nicht mehr in dem früheren Umfang geht, so sollten wir noch die Befähigten in kurzen Artikeln zur Kollegenchaft sprechen. Lange Verammlungsberichte sind auch überflüssig. Ich glaube, unsere Redaktion hat das Bestreben nach vielseitigem Inhalte.

Drücker müssen wir uns dann besser selbst zu helfen suchen. Aus der Geschichte unserer Organisation, deren zweiter Teil leider noch ausbleibt, ist so manches Thema zu schöpfen. Die neuere Gewerkschaftsliteratur hat einige recht beachtenswerte Erscheinungen aufzuweisen, die gut ausnufbar sind zu Vortragswochen; das selbständige Lesen ist natürlich vorteilhafter. Es sind da u. a. zu nennen das dreibändige Werk von Dr. S. Nestriepke „Die Gewerkschaftsbewegung“ (bei Ernst Heinrich Moritz, Inhaber Franz Mittelbach, in Stuttgart erschienen) und die beiden kleineren Schriften von Karl Zwing: „Gewerkschaftliche Probleme“ (K. S. W. Dieck Nachf. in Stuttgart), „Die Geschichte der deutschen freien Gewerkschaften“ (Volksbuchhandlung, G. m. b. H., Jena). Das letztgenannte, im Sommer 1922 erschienene Buch ist ein gerade in seiner Gedrängtheit einfach vorzüglichem Führer durch unsere Gewerkschaften und eine ausgezeichnete Materialquelle. Jede Vereinsbibliothek muß solche und ähnliche Schriften immer gleich nach Erscheinen in ihren Bestand aufnehmen. Von dem Verlage des Buchdruckerkalenders könnte auf ersichtliche Weise gewerkschaftliche Artikel noch mehr Gewicht gelegt werden. Vorstandsmitglieder und andre Kollegen von Erfahrung können so immer Anregung erhalten zu belehrenden Vorträgen.

Die meisten Mitgliedschaften werden nunmehr wohl auch gezwungen sein, von Vergünstigungen bis auf weiteres abzusehen, weil die Unkosten gar zu hoch sind. Das Organisationsleben wird also auf die Versammlungen beschränkt sein. Sehen wir diese durch Vorträge gewerkschaft-

licher, wirtschaftlicher und politischer Art! Einlagen literarischer und geistiger Natur können nichts schaden, dazu sind dann auch unsere Frauen einzuladen. Das Spezialvortragswesen für die Parteien, das ja mehr für größere Orte in Betracht kommt, bedarf selbstverständlich ebenfalls andauernder Pflege. Die fräulichen Verhältnisse zwingen dazu, auf Verzehr in den Verammlungen zu verzichten und dafür eine angemessene Lokalmiete zu zahlen. In kleineren Ruditorien kann dafür ein bestimmter Beitrag für den Verammlungsabend erhoben werden. Besser ist es noch, Säkulräumlichkeiten zu Verammlungszwecken bereitgestellt zu erhalten.

Die Anregungen zur gewerkschaftlichen Vertiefung können vermehrt werden. Es sollte hier aber nur im Rahmen der Notwendigkeit Betonung finden, der im Interesse des inneren Gehalts unseres Verbandes von allen Seiten in dieser stillstimmigen Zeit ernste Aufmerksamkeit entgegengebracht werden muß.

K. M.

Verbandsbeitrag und Wochenlohn

Wie im wirtschaftlichen Leben, so macht sich auch im gewerkschaftlichen die Markenwertung ungeheuer fühlbar. In den letzten Wochen bzw. Monaten folgt Bekanntheit auf Bekanntheit, das Verbandsvorstandes beitragsmäßig Verbandsbeitrag und Unterstufung.

Es mag ja von verschiedenen Stellen als kleinlich empfunden werden, hierüber nur ein Wort zu verlieren, doch die Ausführungen der Redaktion „Zur Verbands- und Unterstufungserhöhung“ in Nr. 121 machen diese Stellen zur Bedingung. Gewiß, wenn der Wochenlohn steigt, muß logischerweise auch die Beitragsleistung in die Höhe gehen, aber die letzte Festsetzung von 65 auf 90 M. ist doch zu hoch gegriffen. Der Stundenlohn beträgt bei 12 1/2 Proz. vom 22. Oktober allerdings etwas mehr als 90 M.; rechnet man jedoch den Durchschnittslohn von sämtlichen elf Ortsklassen, so ergibt sich ein wesentlich anderes Bild. Hierzu kommen noch die gesetzlichen Abzüge, wie Steuer, Kranken- und Invalid., was sehr wohl eine namhafte Summe ausmacht, so stellt sich der wirkliche Durchschnittslohn auf kaum 80 M. Es müßte also doch vom Verbandsvorstand in Betracht gezogen werden, daß die letzte Forderung von einem jungen Kollegen in Klasse A ohne Lokalaufschlag eine schwere Schädigung gegenüber den Alterskollegen mit 25 Proz. darstellt; zumal die Steuerunterschiede zwischen diesen Orten keine wesentlichen sind.

Hier müßte einmal Remedium geschaffen werden. Vier Ortsklassen und höchstens drei Altersklassen würden voll ausreichen. Verlangt man auf der einen Seite von den Kollegen, so muß man auch auf der anderen Seite etwas bieten. Daß dieser große Lohnunterschied zwischen 0 Proz. und 25 Proz. Lokalaufschlag besteht, ist ja schon eine große Forderung; bei gutem Willen wäre sie auch durchzuführen. Wellecht bringt die Tarifverneuerung schon diesen Ausgleich.

Noch einige Bemerkungen zu den Beitragsleistungen anderer Gewerbe. Es werden im genannten Artikel sämtliche Berufe aufgezählt, die einen Stundenlohn als Verbandsbeitrag leisten. Hier muß aber dem Schreiber ein Irrtum unterlaufen sein, die Mehrzahl der genannten Berufe leistet tatsächlich weniger Beitrag als wir. Die Bauarbeiter z. B. haben einen Stundenlohn von fünf bis sechs bis 100 als die Buchdrucker weniger, und das schon vor dem 8. Oktober; sie zahlen zur Zeit einen Beitrag von rund 70 M. Die meisten der genannten Organisationen sind unter unsern Beiträgen, aber über unsern Löhnen. Ferner wird die Bebauung aufgestellt, daß vor dem Krieg ungefähr zwei Stundenlöhne an den Verband abgeführt wurden, da müßte aber der Lohn früher vor dem niedriger gewesen sein, der Beitrag war durchschnittlich 1,10 bis 1,30 M. einschließlich Gew., Bezirks- und Ortsbeitrag pro Woche bei einem Durchschnittslohn von 30 bis 35 M. Was war doch ein ganz anderes Verhältnis als heute! Was man da alles dafür bekam, weiß jeder ganz genau, der diese Zeit mit der heutigen zu vergleichen in der ungünstigsten Lage ist. (Der Verfasser bewegt sich in so vielen Irrtümern, behauptet mehr, als die anderen Organisationen selbst berichten und läßt im besondern die Gleichheit der Unterstufungen sowie deren weitgehende Überschätzung ganz außer acht, daß man vieles zu diesem Artikel schreiben müßte. Da aber der Verbandskassierer auf unsern Anfragen kurz einen aufklärenden Gegenartikel geschrieben hat, wollen wir es der Raumverhältnisse halber bei dieser einiges nicht berücksichtigenden Genenrede bewenden lassen. Red.)

Müße also den Kollegen (und das ist keine kleine Sache!) in der Provinz in Zukunft mehr Beachtung geschenkt werden. Auch wir sind gern Verbandsmitglieder, aber gleiche Pflichten bedingen auch gleiche Rechte. Nicht die Masse der Großstadt ist immer ausschlaggebend.

Wichern (Baden).

W. M.

Einheits- oder Staffelpbeitrag

Es ist leider eine bedauerliche Tatsache, daß den finanziellen Fragen der Organisation in den Kreisen der Mitglieder und Funktionäre nicht die Beachtung zuteil wird, die sie verdienen. Die Folge davon ist, daß den durch die Lebensverhältnisse bedingten Maßnahmen nicht allerorts das notwendige Verständnis entgegengebracht wird. Die Beschlüsse der Leipziger Generalversammlung über das Beitrags- und Unterstufungswesen sind so einschneidender Natur, daß es verständlich erscheint, wenn derjenige, der die Beweggründe nicht kennt, an diesem oder jenem etwas auszusetzen hat. Nicht zuletzt aus dem Grunde, um den

Beleglesen eine eingehende Berichterstattung über diese Materie zu ermöglichen, halte der Verbandsvorstand ausgiebiges Material beschafft. Wo davon noch kein Gebrauch gemacht worden ist, sollte das nachgeholt werden. Das inzwischen erhaltene Protokoll der Leipziger Generalversammlung dürfte hierbei gute Dienste leisten. Die Finanzfragen der Organisation eignen sich zudem aus den verschiedensten Gründen besser zu Erörterungen in den Versammlungen als zu Auseinandersetzungen im „Storr.“. Aus diesem Grunde soll hier auch nicht die ganze Frage aufgerollt, vielmehr nur ganz kurz der Nachweis erbracht werden, daß die Gedankengänge des Kollegen W. M. im vorliegenden Artikel auf triftigen Voraussetzungen beruhen und deshalb zu falschen Schlussfolgerungen führen müssen.

Im Prinzip erkennt auch Kollege W. M. die Notwendigkeit an, daß der Beitrag mit den Löhnen steigen muß, nur ist die Erhebung eines Beitrags in Höhe eines Stundenlohns der 12 1/2-Proz.-Lokalaufschlagklasse und ohne Unterstufe für die nach Klasse A, B und C Entlohnungen ungerecht. Zu dieser Aufstellung kann man jedoch nur kommen, wenn man die Leistungen an die Verbandskasse losgelöst von den Gegenleistungen — den Unterstufungen — betrachtet. Staffelpbeiträge müßten selbstverständlich auch nach Lokalaufschlag und Altersklassen gestaffelte Unterstufungen zur Folge haben. Für diese Zerstückelung unter Verbandsbeiträgen war es freilich schwerlich die Generalversammlung nicht zu haben; sie folgte vielmehr einmütig der Auffassung des Verbandsvorstandes und teilte es beim Einheitsbeitrag und bei einheitlichen Unterstufungen. Gerade aber, wie W. M., in den tariflichen Staffeln und erheblichen Lohnunterschieden zwischen Groß- und Kleinstadt ein Unrecht erblickt, sollte logischerweise diesen Beschläffen der Generalversammlung Anerkennung zollen.

Der Stundenlohn der 12 1/2-Proz.-Klasse ist nicht auf Geratewohl gegriffen, sondern auf Grund sorgfältiger Berechnungen als mittlere Löhne ermittelt worden, welche Angerechtigten so weit nur irgend möglich auszufallen. Von den rund 75000 Mitgliedern unseres Verbandes erhalten 56000 den in Rede stehenden Stundenlohn und darüber, während 19000 darunter bleiben. Unter den letzteren sind jedoch 11400 Neuausgelernte oder nach Klasse A und B Entlohnte, also junge Kollegen. Wenn von diesen zugunsten der älteren Verbandsmitglieder vorübergehend ein kleines Opfer gebracht wird, so sollte das gern gebracht werden. In die jetzigen „Alten“ wurden in dieser Beziehung in früheren Jahren ganz andre Anforderungen gestellt. Es war damals eine Selbstverständlichkeit, daß in schwereren Zeiten die jungen Kollegen zugunsten der an den Ort gebundenen das Bündel schnürten und dadurch letztere vor Arbeitslosigkeit schützten. Auch die Beginnstellung der Mitglieder in Orten mit mehr als 12 1/2 Proz. Lokalaufschlag ist nur scheinbar. In den meisten Fällen sorgt in diesen Orten der höhere Ortsbeitrag für den notwendigen Ausgleich. (Im Berlin beträgt der Gesamtbeitrag zur Zeit 150 M.)

Wenn Kollege W. M. bezweifelt, daß in der Vorkriegszeit ein Beitrag in Höhe von zwei Stundenlöhnen erhoben wurde, so kann ihm nur geraten werden, den Tarif von 1912 zur Hand zu nehmen. Er wird daraus erfahren, daß der Stundenlohn in einem Orte mit 15 Proz. Lokalaufschlag damals 60 Pf. betrug. Im „Storr.“ Nr. 133 von 1912 ist dann weiter zu lesen, daß vom ersten Quartal 1913 ab der Verbandsbeitrag (also ausschließlich Gau- und Ortsbeitrag) auf 1,20 M. festgelegt wurde.

Was nun die Beiträge in anderen Gewerkschaften anbetrifft, so wäre es durchaus nicht ausfällig, wenn diese niedriger wären als die unsrigen. Die bei den meisten Verbänden fehlende Invalidenunterstützung, die ganz erheblich längere Dauer aller Unterstufungen bei uns würden das ohne weiteres rechtfertigen. Ziel ist man aber Vergleiche, so soll man diese so wählen, daß man sich nicht selbst irreführt. Dieser Selbstverständlichkeit entspricht es nicht, wenn der Oktoberbeitrag des Bauarbeiterverbandes in Vergleich gestellt wird mit unserm Beitrage für November; der zeitliche Unterschied bedingt jetzt wesentlich den nach der Höhe.

Wenn in anderen Gewerkschaften, die den Stundenlohn als Beitragsnorm festgelegt haben, es möglich sein sollte, daß Mitglieder mit mehr als 100 M. Verdienst nur 70 M. Beitrag abführen, so spricht ein derartiges Verfahren auch nicht zugunsten der Staffeln. Unser Einheitsbeitrag bewahrt da die Mitglieder mindestens vor Gewerkschaftskonflikten! Und da es so etwas in der heuligen Zeit immer noch geben kann, ist auch das etwas wert.

Im ganzen betrachtet ist also das von der Leipziger Generalversammlung gebundene Beitrags- und Unterstufungswesen durchaus logisch aufgebaut und begründet. Grenzfälle, die es immer geben wird, soll man nicht veralgemeinern. Die Erhaltung des Einheitsbeitrags ist demgegenüber sowohl in ideeller Beziehung als auch vom verwaltungsmäßigen Standpunkt aus betrachtet ein Vorzug von nicht zu unterschätzender Bedeutung.

Wenn den so vielfach geäußerten Wünschen aus Mitgliederkreisen auf mögliche Anpassung der Unterstufungslöhne an die Zeitverhältnisse entsprochen werden sollte, war ein Stundenlohn als Beitragsnorm das mindeste, was festgelegt werden mußte. Schon heute dürfte es jedoch freilich sein, ob angesichts der über das Gewerbe hereinbrochenen Krise die für die Leipziger Beschlüsse maßgebenden Voraussetzungen zur Beurteilung der Einnahmen und Ausgaben im Organisationsaustausch noch zutreffen. Der Verbandsleitung wurden für diesen Fall die notwendigen Vollmachten erteilt. Es ist selbstverständlich, daß an die weitere Opferwilligkeit der Mitglieder nur dann appelliert werden wird, wenn dies unumgänglich notwendig ist. Ist das aber der Fall, dann

sollten ganz besonders die Funktionäre die erforderliche Umsicht bekunden und verbellen helfen. Die Aufrechterhaltung des wirtschaftlichen Geistes der Organisation ist schließlich Voraussetzung für die Funktionieren in jeder Beziehung und liegt damit im Interesse jedes Kollegen, ganz gleich, ob er in der Großstadt oder in der Provinz anständig ist.

Berlin.

B. Schweinitz.

□ □ □ Korrespondenzen □ □ □

Offen. Am 29. Oktober fand hierüber eine Konferenz der Lehrlingsorganisationsleiter des Gauwes Rheinland-Westfalen statt, auf der 17 Bezirke 24 Vertreter (zwei kleine Bezirke fehlten) erschienen hatten, darunter Kollege Böchner vom Gauvorsitz. Zum ersten Punkte der Tagesordnung erstatteten die Abteilungsleiter eingehend Bericht. Daraus ergab sich, daß allerorts versucht worden ist, die Lehrlingsabteilungen hochzubringen. In diesem Bestreben verlagten zum großen Teil die Vertrauensleute. Das weiterhin vom Kollegen Karl Odrasch (Bielefeld) gehaltene Referat: „Richtlinien zur Arbeit in der Lehrlingsorganisation“, war belehrend und wurde beifällig aufgenommen. Bei der folgenden Besprechung der Lehrpläne und Bildungserfolge in den gewerkschaftlichen Fachschulen wurde das Zusammengehen von Fachklassen und Fachschulen empfohlen. Weiterhin wurde als Notwendigkeit empfunden, daß Lehrlingsleiter in den Prüfungskommissionen tätig sind. Aber die Berufsberatung, deren Einrichtung und Zweck, wurde vom Gauvertreter Böchner eingehend Aufklärung gegeben, die erkennen ließ, daß auch an dieser Stelle unsere Kollegen als Beirat nur zu wünschen sind. Die Konferenz war im Hinblick auf Aussprache, Verständigung und Ermittlung zu neuer Arbeit von großem Nutzen und wird ihre Früchte zeitigen.

ch. Hanau. In unrer am 5. November hier abgehaltenen Bezirksversammlung waren etwa 50 Mitglieder anwesend, ein Besuch, der der interessantesten Tagesordnung, in deren Mittelpunkt ein Referat des stellvertretenden Gauvorsitzers E. Kraft (Mannheim) stand, der über „Die Gewerkschaft im neuen Deutschland“ sprach, bei weitem nicht entsprach. In musterhafter Weise behandelte der Vortragende das zum Vorwurfe genommene Thema, darauf verweisend, daß die Gewerkschaften durch die Not der Zeit gedrängt seien, am Aufbau unserer Volkswirtschaft mitzuarbeiten, der Regierung Wege zu zeigen und Forderungen zu unterbreiten, die eine Wiedergewinnung unserer ökonomischen Verhältnisse anstreben. Allerdings dürften den Gewerkschaften keine übertriebenen Aufgaben zugemutet werden, vor allem nicht Forderungen rein politischer Natur, wie dies von gewisser Seite geschieht, was nur dazu führen würde, die Geschlossenheit der Gewerkschaften zu zerschüttern, wie dies im politischen Parteiloben der Fall sei. In längerer Ausführungen erging sich dann Kollege Kraft über die aktuelle Frage Industrie- oder Berufsverband. Es beleuchtete das Für und Wider und stand im wesentlichen auf dem Boden der Tarnomischen Ausführungen auf dem Leipziger Gewerkschaftskongress. Die Idee des Industrieverbandes werde nicht durch die Urabstimmung gefördert, sondern wenn sich seine Notwendigkeit erweise, komme es auch ohne Abstimmung dazu. Aberlebende Hoffnungen betreffs vorläufiger Lohnverhandlungen dürften nicht begehrt werden. Nicht die Menge der Mitglieder, sondern die Disziplin und Opferwilligkeit, die Solidarität seien ausschlaggebend. Auch die Grenzstreitigkeiten würden nicht weniger, im Gegenteil größeren Umfang annehmen. Ermesse sich aber die Notwendigkeit der neuen Organisationsform, so würden die bestehenden Schwierigkeiten trotz alledem überwunden werden. Boreit sei die Frage aber nicht derart brennend, daß man den Sprung ins Ungewisse wage. Mit einem warmen Appell an die Mitglieder, besonders an die jungen, mehr wie selber jeder einzelne ein eifriger Förderer der gewerkschaftlichen Sache zu sein, schloß der Redner seine mit starkem Beifall aufgenommenen Worte. In der Diskussion kam auch die gegenwärtige Ansicht betreffs des Industrieverbandes zur Sprache und die Unterstützung, für denselben zu stimmen. Weiter nahm die Verammlungs Kenntnis von dem Schiedspruch des Reichsarbeitsministeriums. Es wurde der Genugtuung Ausdruck gegeben, daß endlich hier ein Versuch gemacht wurde, einigermaßen an die Löhne anderer Berufe heranzukommen.

Wickstein-Kallenberg. (Vierteljahrsbericht.) Am 16. Juli vor Beginn der Bezirksversammlung in Sobenstein-Crispithal versammelten sich die Kollegen der Orte Sobenstein-Crispithal, Wickstein-Kallenberg, Sobndorf, Lugaun, Olsnitz i. G., Lugaun und Stolberg, um zu der Bildung eines von unserm Gauvorsitzer Dertel vorgeschlagenen Unterbezirks Stellung zu nehmen. Nach kurzer Aussprache wurde diese Bildung vorgenommen. — In einer am 20. August in Olsnitz i. G. abgehaltenen Verammlungs wurde u. a. Kollege Robert Lenz (Wickstein-Kallenberg) einstimmig als Vorsitzender gewählt. In dieser Verammlungs wurde man sich u. a. dahin einig, für alle oben erwähnte Orte einen einheitlichen Lokalaufschlag zu fordern. — In der am 1. Oktober abgehaltenen Verammlungs in Stolberg gab unser Gauvorsitzer Dertel einen kurzen Rückblick über die Lehrlingsabteilungen usw. Hierauf wurden noch die Orte Olsnitz und Zwönitz dem Unterbezirk einverleibt. Das anschließende geistliche Beisammensein, gewürzt durch Vorträge von Instrumentalkünstlern, kurze Ansprachen usw., war die Ursache, daß manch' Kollege die Heimreise erst mit dem Frühluge antrat. Alles in allem war aber ein Zweck erreicht, des

auf zur Bildung des Unterbezirks Veranlassung gegeben, nämlich durch Zusammenbruch der Kollegen im kleineren Kreise die Kollegialität mehr zu fördern als bisher. Alle dem Unterbezirk angehörenden Kollegen werden gebeten, den Veranlassungskalender im „Sorr.“ fälschlich im Auge zu behalten.

Mannheim. In unserer Bezirksversammlung am 21. Oktober gelangte ein Kollege zur Aufnahme. Dann wurde das Lohnabkommen vom Oktober scharf kritisiert. Der Schiedsspruch des Reichsarbeitsministeriums vom 7. Oktober habe wohl der schlechten wirtschaftlichen Lage unseres Gewerbes Rechnung getragen, aber die überaus traurige Lage unserer Geschäfte hat dabei eine mildere Rolle gespielt. In einem Vortrage wurden wir hierauf von Herrn Böstinger über „Zwecke und Ziele der Freien Volksbühne“ unterrichtet, welches Referat eine ergiebige Diskussion zeitigte, was bewies, daß trotz der materiellen Not bei uns, die geistigen Fragen nicht in den Hintergrund gedrängt werden.

Potsdam. Am 29. Oktober fand in Berlin im „Gewerkschaftsbaus“ unsere Bezirksversammlung statt, die leider einen sehr schwachen Besuch zu verzeichnen hatte. Vor Eintritt in die Tagesordnung erblte die Versammlung drei verstorbenen Mitglieder in üblicher Weise. Nachdem vom Vorstand ein kurzer Geschäfts- und Stellenbericht gegeben wurde, hielt Kollege Werath (Neukölln) einen aktuellen Vortrag über den „Industrieverband“, der von den meisten Teilnehmern beifällig aufgenommen wurde. Leider war es nicht möglich, das Thema noch von einem auf anderem Standpunkte lebenden Referenten behandeln zu hören. Auf Antrag des Ortsvereins Potsdam wurde die Rückvergütung des Bezirkes an die Mitglieder festgesetzt von 4 Pf. pro Monat und Mitglied auf 3 Proz. festgelegt. Von allen Vertrauensleuten wurde über Arbeitsmangel, Aussehen und Entlassungen berichtet, bloß Trebbin machte eine rühmliche Ausnahme. Nach Festsetzung der Remunerationen wurde gemäß dem vom Vortrage gemachten Vorschlage der Vorstand neu zusammengesetzt. Vorsitzender ist vom 1. Januar n. J. ab Kollege W. Matsche, Potsdam, Rennstraße 13. Der Beitrag wurde auf 3 M. pro Woche erhöht. Die nächste Bezirksversammlung findet wieder in Berlin statt. Unter „Verschiedenem“ wurden dann noch mehrere Unterführungen bewilligt, i. a. dem Ortsvereine Luchowwalde für die Verlagsabteilung 200 M.

-c. Stuttgart. (Maschinenmeisterverein. — Jubiläumbericht.) Im Oktober d. J. rüchte auch unser Verein in die Reihe der Jubilare unter den deutschen Druckervereinigungen und trotz oder vielleicht gerade wegen der kriegstraurigen Zeit ließ er es sich nicht nehmen, sein 25jähriges Bestehen in würdiger Form zu feiern. Am 15. Oktober, vormittags 10 Uhr, wurde im feierlichen Ausstattungsgebäude die Jubiläumsausstellung „Buchdruck“ eröffnet. Etwa 600 Personen, darunter auch viele auswärtige Kollegen, hatten sich hierzu eingefunden. Nach einem herzlichen Willkommen des Vorstehenden hielt Kollege Karl Haug, der ehemalige langjährige Vorsitzende des Vereins, einen Vortrag über: „Die Entwicklung und der gegenwärtige Stand der Buchdrucktechnik“, mit anschließender Führung durch die Ausstellung, die in folgenden Gruppen eingeteilt war: Kleindruckarten, Prospekte, Kataloge, Packungen, Werbdruck, Bilderdruck, Mehrfarbendruck in besonders reichhaltiger und vielseitiger Art nach den verschiedensten Verfahren hergestellt, Prägedrucke, Zeitungsdruk (Darstellung des Werdeganges). Ferner sah man reichhaltiges Material der Deutschen Buchdruckerberufsgenossenschaft über Unfallgefahr und Unfallversicherung; neben den Mehrfarbendrucken aus der Kunstgewerbeschule befanden sich Drucke aus den Gründungsjahren. Außerdem barg die Ausstellung eine Fülle Anschauungsmaterial, wie Druckerwerkzeuge, Hands- und mechanische Zurechtungen, Papier vom Rohstoffe bis zum Fertigfabrikate, Farben, Walzen, Herstellung und Werdegang von Autotypie, Galvano, Niederstereo usw., Neuheiten in Hilfsapparaten aller Art. Die Ausstellung dauerte acht Tage, erfreute sich eines sehr guten Besuchs und wird in einzelnen Rundendungen teilweise noch den angeschlossenen Vereinen zugänglich gemacht werden. — Am 14. Oktober fand im Konzerthalle der „Viederhalle“ das Stiftungsfest mit Konzert und Ball statt. Das reichhaltige und geschmackvoll ausgestaltete Programm bot unter Mitwirkung bewährter Kräfte aus Kollegenkreisen familiären Erhaltenen einige genussreiche Stunden. Eine schon vor Jahren von einem Kollegen gestiftete prächtige Vereinschronik, ein Nachschlagewerk von bleibendem Werte, war bei beiden Veranstaltungen ausgestellt und fand allgemeine Beachtung. Die zwölf Seiten umfassende, gediegen ausgestaltete, vom Vorstehenden E. Frank verfaßte Festschrift „25 Jahre Berufsarbeit des Maschinenmeistervereins Stuttgart“ fand allseitige Anerkennung. Von einer Ehrung der Jubilare, deren Anzahl eine ganz erhebliche ist, und von welchen der größte Teil immer noch gegen Anteil am Vereinsleben bezeugt, mußte aus geldlichen Gründen Abstand genommen werden. Allen Mitarbeitern und Förderern der Sache sowie den unterstützenden Firmen sei auch an dieser Stelle herzlicher Dank ausgesprochen.

□ □ □ □ □ Rundschau □ □ □ □ □

Neue tarifmäßige Lohn Tabellen. Neue Lohn Tabellen, enthaltend die Löhne für Gebillen, Hilfsarbeiter und Hilfsarbeiterinnen (nach Wochen-, Tag- und Stundenlohn berechnet) und das Kostgeld der Lehrlinge. sind vom Tarifanste der Deutschen Buchdrucker, Berlin SW 48, Friedrichstraße 239, zum Preise von 15 Mk. pro Exemplar bei portofreier Zustellung sofort zu beziehen. (Postcheckkonto Nr. 85058 Berlin NW 7.) Vorherige Einfindung des Betrags der Einfachheit halber dringend erbeten. Wir empfehlen die Anschaffung dieser offiziellen Lohn Tabellen allen Kollegen.

Faktorengehälter im November. Auf Grund des für verbindlich erklärten Schiedspruchs des Reichsarbeitsministeriums über die den Gebillen zu gewährenden neuen Zulagezulagen sind den Faktoren weitere nachstehende Zulagen zu gewähren:

Lohn- aufschlag Proz.	in Gruppe			Lohn- aufschlag Proz.	in Gruppe		
	A	B	C		A	B	C
0/	13 935	13 395	12 325	15	15 935	15 300	14 075
2 1/2	14 250	13 705	12 600	17 1/2	16 230	15 610	14 355
5	14 560	14 020	12 895	20	16 570	15 935	14 655
7 1/2	14 920	14 330	13 190	25	17 190	16 530	15 210
10	15 245	14 660	13 485	Hamburg	17 190	16 530	15 210
12 1/2	15 575	14 975	13 780	Berlin	17 190	16 530	15 210

Für November gelten hiernach folgende Mindestgehälter:

Lohn- aufschlag Proz.	in Gruppe			Lohn- aufschlag Proz.	in Gruppe		
	A	B	C		A	B	C
0	34 125	32 715	30 020	15	38 985	37 370	34 280
2 1/2	34 885	33 460	30 695	17 1/2	39 785	38 140	34 985
5	35 710	34 210	31 410	20	40 585	38 910	35 705
7 1/2	35 525	35 020	32 120	25	42 075	40 345	37 015
10	37 325	35 790	33 845	Hamburg	42 380	40 635	37 345
12 1/2	38 150	36 570	33 555	Berlin	42 380	40 635	37 345

Die Kunst im Arbeiterheim. Der von den vier großen Verbänden der graphischen Industrie ins Leben gerufene Volkskunstverlag „Das Bild“ (Geschäftsstelle: Berlin-Marionendorf, Aurfürkenstraße 19) teilt mit, daß der Preis der bisher erschienenen originalgroßen Bilder „Das Balkonzimmer“ von Menzel (46 x 50), „Der Strohharren“ (56 x 62) und „Ideale Handarbeit“ (56 x 65) von Richard Scholz vom 15. November 1922 pro Blatt 200 M. beträgt. Da dieser für die prächtigen Blätter äußerst annehmbare Preis (im privaten Kunsthandel kostet so ein Blatt den fünf- bis zehnfachen Preis) zu Wechnachten wahrlich eine weitere Erhöhung erfahren wird, ist es für jeden Kollegen angezeigt, etwaige Ankäufe baldigst vorzunehmen. Die in Vorbereitung befindlichen Neuerwerbungen konnten leider zu Wechnachten nicht fertiggestellt werden. Die gerahmten Blätter sind bereits ausverkauft. Ein großer Teil der Bildungs-institutionen, Verlagsanstalten und Buchhandlungen der deutschen Gewerkschaften haben sich der Genossenschaft angeschlossen resp. Einrichtungen zum Vertrieb der Drucke zur Verfügung gestellt. Gewerkschaftsvereine, Ortsausschüsse, Vereinigungen usw., die sich für den Vertrieb der Blätter an die Kollegen interessieren, wollen sich an die obengenannte Geschäftsstelle der Genossenschaft wenden, die jede weitere Auskunft gern erteilt.

Neue Preissteigerung für Bücher. Die Schlußbilanz des Buchhandels wurde von 160 auf 210 erhöht. Demnach können die Buchhändler ihre Bücher bis zum 210fachen Betrage des Grundpreises berechnen. Der Grundpreis wird von jedem Verlag einmalig festgesetzt und ist keineswegs, wie vielfach geglaubt wird, der Friedenspreis. Die Preissteigerung, die noch nicht die letzte vor Wechnachten sein dürfte, bedeutet eine immer stärkere Abkehr von der Preispolitik, die in den ersten Nachkriegsjahren den Buchpreis im Unterschied von den Gegenständen des täglichen Bedarfs niedrig zu halten suchte. Das große deutsche Publikum, das Bücher liebt, kann nicht mehr kaufen. Vor allem Ausländer und kleine Kreise von Inländern, die das Geld auf leichte Weise verdienen oder sonstwie über genügende Mittel verfügen, sind noch Käufer. Bei ihnen sind nur rein äußerliche Gründe (Kapitalanlage und Schmuckwert) entscheidend. Nur so oft wird die Einrichtung einer kostbaren Bibliothek für Herren oder Damenzimmer verlangt, bei denen man annehmen kann, daß sie so gut wie gar nicht benutzt werden. Das Luxusbuch hat dadurch seine Blüte wie nie zuvor. Gekauft wird wohl auch von Bibliotheken, die einen Teil ihres Bücherbestandes, z. B. Duplikate, zu hohen Preisen abstoßen und dafür Neues sich beschaffen. Im übrigen wird nur unter größten Opfern das gekauft, was absolut sein muß. Neben dem kulturellen Niedergang, den die Beschränkung des Buchhandels auf nur wohlhabende Kreise im Gefolge hat, wird die Bücherproduktion durch die neuerliche Preissteigerung noch mehr zurückgehen und die Beschäftigungsmöglichkeit im Buchdruckgewerbe verringert werden.

Einbruch in eine Kaffee Buchdrucker. Die hohen Metallpreise verleiten jetzt auch die Spitzbuben dazu, den Buchdruckerorten Beluche abzufallen. So wurde in einer Nacht in die Räume der Walzenhausdruckerei in Kaffee eingebrochen und dort wertvolles Metallmaterial entwendet.

Anführermarken des Internationalen Gewerkschaftsbundes. Zur Bekämpfung der Kosten seiner Antikriegspropaganda hat der Internationale Gewerkschaftsbund einen besonderen Fonds, den Antikriegsfonds, errichtet. Zur Speisung dieses Fonds gibt der Allgemeine Deutsche Gewerkschaftsbund Anführermarken heraus im Werte von 5 M. für männliche und 3 M. für weibliche und jugendliche Gewerkschaftsmitglieder. Ein Plakat, von dem französischen Künstler E. Steinlen entworfen,

wird in allen Verkehrslokalen der organisierten Arbeiterschaft auf die gute Sache noch besonders aufmerksam machen. Unser Verbandsvorstand wird die Marken den Gauvorständen zum Vertrieb demnächst zugehen lassen.

Deutsche Volksgenossenschaft. In Nr. 133 berichteten wir über den Aufruf der Deutschen Volksgenossenschaft, die sich zur Aufgabe macht, die Sozialrentner; Witwen, Waisen und sonstige bedürftige Erwerbsunfähige, die arm messen unter der Geldentwertung leiden, zu unterstützen. Da es sich zum weitaus größten Teil um Angehörige der Arbeiterschaft handelt, wird auch die deutsche Arbeiterschaft beim Hilfswerke nicht zurückstehen wollen. Der Allgemeine Deutsche Gewerkschaftsbund fordert nun die Vertreterungen der Arbeiter und Angestellten in den einzelnen Orten auf, die notwendigen Vorkehrungen für eine möglichst umfassende Hilfsaktion einzuleiten. Wie sich die gewerkschaftlichen Eigenorganisationen an die Spitze des Gesamthilfswerks gestellt haben, so sollten sich auch in den einzelnen Orten die Gewerkschaften aller Richtungen zur gemeinsamen Arbeit auf diesem Gebiete zusammenfinden. In verschiedenen Orten und Bezirken ist das schon geschehen. Im allgemeinen ist vorgezogen, daß die Erträge der Sammlungen am Orte bzw. im Bezirke bleiben; nur ein geringer Betrag soll an eine Ausgleichskasse fließen, damit ärmere Bezirke nötigenfalls einen Zuschuß erhalten können. Auch die Betriebsräte können zur Mitwirkung herangezogen werden, indem sie nach Verständigung mit den Werkstellungen die Sammlungen in den Betrieben organisieren, da auch die großen Unternehmerorganisationen den Aufruf der Volksgenossenschaft mitunterzeichnet haben. Doppelt gibt, wer schnell gibt!

Konsumgenossenschaft und Arbeiterschaft. Die Arbeiterschaft hat ein großes Interesse daran, daß ihre Konsumgenossenschaftlichen Betriebe nicht in freierhandlicher Weise stillgelegt werden. Es sollten daher bei Lohnfreistellungen erst alle Verhandlungsmöglichkeiten erschöpft werden, bevor voreilig gehandelt wird. Wenn es hier und da trotzdem zu Arbeitsentlassungen gekommen ist, so möge das angehts der Juristischen, Sprungbald fortsetzenden Steuerung zu versehen sein. Unverantwortlich ist es aber, wenn aller Warnungen von gewerkschaftlicher Seite zum Trotz doch die Konsumgenossenschaften bestrahlt werden, obwohl sie die geforderten Löhne sofort bewilligen und auch noch Sonderleistungen machen, und zwar nur deshalb, weil die Unternehmerverbände die geforderten Löhne nicht zahlen wollen. Beispielsweise waren kürzlich die Transportarbeiter in Düsseldorf mit Lohnforderungen hervorgetreten, die von den Genossenschaftsbetrieben bewilligt, von den Privatunternehmern dagegen abgelehnt wurden. In den darauf proklamierten Streik wurden aber auch die Genossenschaftsbetriebe einbezogen. Obwohl das Gewerkschaftsstatut und die Betriebsratsgesetzgebung Düsseldorf sich in einer Verfassung sehr klar dagegen wanden, wurde der Streikbeschluss ausgeführt. Der Streik dauerte mehrere Tage und hat selbstverständlich erheblichen materiellen Schaden angerichtet, den die Mitglieder der Genossenschaften zu tragen haben. Die „Konsumgenossenschaftliche Rundschau“ sagt dazu: „Solange sich die Mitglieder solchen verwerflichen Anlag gefallen lassen, wird es auch nicht anders werden. Wandel wird erst eintreten, wenn die Erkenntnis sich in praktischer Ausübung Bahn bricht, daß unsoziale Elemente, die um ihrer Sonderbestrebungen willen rücksichtslos die Interessen der Allgemeinheit gefährden, weder in die Genossenschaftsbetriebe noch in die Gewerkschaftsorganisationen gehören, sondern mit der gleichen Energie, mit der sie gegen die Allgemeinheit freveln, hinausgetan werden müssen.“

Erhöhung der Gebühren für Zeugen und Sachverständige. Seit Anfang November gelten für gerichtliche gebührte Zeugen und Sachverständige neue Gebührensätze. Der Zeuge erhält für die erforderliche Zeiteräumnis eine Entschädigung von 5 bis zu 130 M. für jede angefangene Stunde, im ganzen bis zu 10 Stunden. Bis zu dieser Höchstgrenze ist der volle Verdienstausfall zu erleben. Die Vergütung für Sachverständige beträgt bis zu 180 M. für jede angefangene Stunde, bei besonders schwierigen Fällen bis zu 240 M. Reiseentschädigung wird für jedes angefangene Kilometer 2 M. gezahlt. Die Entschädigung für den durch Abwesenheit von dem Aufenthaltsorte verursachten Aufwand beträgt je nach persönlichen Verhältnissen bis zu 360 M., in feuren Orten bis zu 480 M. Für notwendiges Nachquartier wird ein angemessener Betrag vergütet. Abgesehen davon, daß die Höchstentschädigung von 130 M. für jede angefangene Stunde jetzt schon vielfach niedriger als die Einbuße von Lohn oder Gehalt ist, so ist auch die Beschränkung auf zehn Stunden zu kurz bemessen, da sie in vielen Fällen überschritten worden müssen. Im Fall einer wesentlichen Änderung der wirtschaftlichen Verhältnisse kann laut Gesetz die Reichsregierung mit Zustimmung des Reichsrats die Gebühren anderweitig festsetzen.

Die Arbeitslosigkeit in Deutschland im September 1922. Nach dem „Reichsarbeitsblatt“ hatte sich die Lage auf dem Arbeitsmarkte schon im Laufe des Monats September bedeutend veränderte. Eine Winterperiode der Arbeitslosigkeit und Wirtschaftnot für breite Volksschichten kündet sich damit drohend an, ohne daß nach ihrer Überwindung eine Gelinderung des Wirtschaftslebens winkt; hat doch selbst die ruhende Marktentwertung der allerjüngsten Zeit keinerlei Einfluß mehr auf den Beschäftigungsgrad in den wichtigsten Wirtschaftszweigen auszuüben vermocht. Am 1. Oktober wurden insgesamt 16362 (im Bornonat 11702) Vollerwerbstätige unterstellt. Sterben waren 11868 Männer und 4494 Frauen. Bei den öffentlichen Arbeitsnachweiser machte sich ebenfalls eine wesentliche Verschlechterung der Situation bemerkbar. Die Stellenangebote gingen von 700435 auf 608428 zurück. Von je 100 Arbeitsgesuchen konnten nur 57 (63)

Den Alten zur Ehr **Subiläumstafel** Den Jungen zur Lehr

Echer Hermann Crefa, geb. in Berlin; 50jähriges Verbandsjubiläum. Sehenswürdigkeit: Norddeutsche Buchdruckerei, Abteilung, „Staatsanzeiger“, Berlin.

